

# Leipziger Tageblatt

und

## Anzeiger.

N<sup>o</sup> 86.

Dienstag den 27. März.

1849.

Morgen Mittwoch den 28. März a. c. Abends 6 Uhr

ist öffentliche Sitzung der Stadtverordneten im gewöhnlichen Locale.

- Tagesordnung: 1) Gutachten der Deputation zum Bau-, Oekonomie- und Forstwesen,  
a) die Hutungsablösung in Taucha,  
b) die Verlängerung mehrerer Wiesenpachte betr.  
2) Gutachten der Finanzdeputation, einen dem Scharfrichtereibesitzer zur Haltung eines zweiten Freiknechtes zu gewährenden Beitrag aus den Erträgen der Hundesteuer betr.

### Aus Frankfurt.

Parlamentscorrespondenz aus der Partei der Großdeutschen.

(Fortsetzung und Schluß.)

#### III.

Frankfurt, 22. März. Die gestrige Abstimmung würde die Idee des preussischen Erbkaiserthums aus den Köpfen minder hartnäckiger Männer vertrieben haben, als die unserer Gegner sind. Nach früheren und nach der jetzigen Abstimmung müssen sie sich überzeugt haben, daß das deutsche Volk ihr Erbkaiserthum nicht will. Aber ihr Eigensinn besteht nun einmal auf diese Lösung, mag Alles in Verwirrung gerathen, sie wollen Recht behalten. Bei dieser Frage haben (wie unserm Gegner Herrn von Radowicz nicht entgangen ist) die verschiedenen Stämme als solche mitzusprechen. Gegen das Erbkaiserthum erklärten sich  $\frac{2}{3}$  der Badenser,  $\frac{3}{4}$  der Würtemberger und Sachsen,  $\frac{2}{6}$  der Baiern, ungefähr die Hälfte der Hessen. Kann der Preußen erdrückende Menge ihren eigenen Fürsten ihnen zum erblichen Oberhaupte bestellen? Der Fall ist für beide Theile doch wesentlich verschieden. Wenn die Preußen ihren König zum Herrn der übrigen Stämme und Staaten erheben, so ist dies etwas anderes als wenn diese Stämme über ihre Fürsten noch einen andern Oberherrscher vorgelegt erhalten. Nicht um eine, alle Lande gleichmäßig treffende Verfassungsbestimmung handelt es sich hier. Die Preußen sagen freilich: wir geben Euch unsern König: ob wir jedoch in solcher Weise dieses Geschenk wollen, muß von uns abhängen. Die Preußen können ihrem König den Kaisertitel beilegen, die Süd- und Mitteldeutschen aber nicht zur Unterwerfung unter ihn verpflichten. Die geschlagene Partei verlangte Vertagung. M. Mohl nannte in Erinnerung an das Schachern und Stimmenpressen, das wir erlebt haben, diesen Antrag einen scandalösen. Indeß die Vertagung geschah. Die Linke einigte sich mit uns, beschloß ihren Antrag (den Eisenstuck'schen) zurückzuziehen und dem unserer Partei (dem Heckscher'schen) beizustimmen. Die Rechte hingegen nahm den Antrag der Linken auf, dessen Motive vom Ausschusstrag, ihrem gefallenen Antrag, sagen, daß selbiger „das freie Abstimmungsrecht aufheben und das Gewissen der Volksvertreter verletzen würde.“ So geschah ein Umsprung. Die Rechte stimmte für den Eisenstuck'schen Antrag und Herr Eisenstuck mit den Unterstüzern des Antrags stimmte gegen ihn. Das Schwanken vieler auf der linken Seite hatte indeß zur Folge, daß dieser Antrag, welcher nur eine beschleunigte Behandlung der Verfassung beschließt, mit 282 gegen 246 Stimmen angenommen wurde, wodurch für die Hoffnungen und Wählereien der Erbkaiserlichen noch Raum übrig gelassen würde, — wenn es jetzt der König von Preußen mit seiner Ehre noch verträglich finden könnte, das erbliche Kaiserthum vermöge eines Beschlusses dieser Nationalversammlung anzunehmen, die trotz aller Bearbeitung es schon einmal verworfen hat. —

Ein Sieg ist errungen, ein schwerer, unerwartet! Wir waren gefaßt auf die Niederlage, es verkündeten uns die siegestrunkenen

Reden und Mienen: die Entscheidung sei schon gefallen vor der Abstimmung. Ihr Schlußredner versprach großmüthig für seine Partei kein Triumphgeschrei zu erheben und wir hatten unsere Proteste wider das Aufgehen Deutschlands in Preußen unterzeichnet. Da zeigte sich, daß die Berechnungen der Erbkaiserthümer falsch waren. Wer zum Programme der Weidenbuschpartei sich verpflichtet hatte, hielt wohl fest, aber die leichten Reden ihrer Vorgesprochen hatten ihrer schlechten Sache keine neuen Stimmen gewonnen. Das Stimmenpressen war so arg, daß ein Abgeordneter, welcher standhaft blieb und dafür in der undeutschen Zeitung gezeißelt wird, nicht anders sich vor den in ihn Einstürmenden zu retten wußte, als durch die Drohung, er werde von der Tribune erklären, ihm geschehe Gewalt. Wer die Zeitungen und Correspondenzen der Erbkaiserthümer und die stenographischen Berichte anblickt, der liest freilich viel von Patriotismus, deutscher Einheit und dergleichen, wer jedoch in der Paulskirche dem zuhört, was nicht von der Rednerbühne gesagt wird, wer in dem inneren Raume dem Treiben zusieht, für den kann nicht zweifelhaft sein, daß es gestern weniger Deutschlands Einigung als die preussische Eroberung galt. „Wir verlassen nun Frankfurt“ „wir gehen nach Cassel“, „Ihr mögt allein dann zusehen und Aehnl.“, so sagte Mancher, als der Ausgang zeigte, daß Deutschland mit Oesterreich nicht brechen und nicht preussisch werden wolle — waren dies Aeußerungen deutscher Gesinnung? Ihren ferneren Plan verrieth die Partei der Erbkaiserthümer in ihrer ersten Hise! Nachdem sie so weit die Dinge in eine schiefe Richtung — nach ihrem Ziele zu — getrieben, wollen sie sich jedem anderen Beschlusse entgegenwerfen und durch die Beharrlichkeit ihres Verneinens, indem die ganze Wucht ihrer enggeschlossenen Partei jeden Versuch, die Widersprüche auszugleichen und zwischen dem Widerstreben zu vermitteln, vereitelt, es zu einer Wiederholung der Historie vom Malmöer Waffenstillstande treiben. Sie wollen Zeit gewinnen, um Stimmen zu gewinnen, damit endlich dennoch „aus der freien Wahl der Vertreter“ dem deutschen Volke ihr Erbkaiserthum aufgezwungen werde. Die Abdankung des Reichsministeriums paßt in dieses System. Aengstlichen Gemüthern ist ein Ministerium wichtiger als das Vaterland. Der Reichsverweser hat die Abdankung angenommen, wiewohl das Reichsministerium keine Veranlassung zum Rücktritt hatte. Die Festsetzung der Verfassung soll seiner Einwirkung entzogen bleiben: so ist ausdrücklich früher von der Nationalversammlung beschlossen worden. Nur ein Mitglied des Reichsministeriums hatte zu seinem Rücktritte Grund, mit Behemuth sagen wir: Heinrich von Gagern, denn wir büßen einen öffentlichen Charakter in armer Zeit nicht gern ein. Den Minister gäben wir wohl noch auf, den öffentlichen Charakter aber sehen wir mit tiefem Schmerz auf der Tribune verfallen. Er, der Ministerpräsident, eröffnete und schloß gewissermaßen den Kampf. Die Versammlung erfuhr aus seinem Munde, daß der Plan des preussischen Erbkaiserthums ein Jahr lang im Stillen treu festgehalten wurde — und doch nahm man die Oesterreicher im Parlament auf!! Gagern rühmte sich, diesen Grundgedanken unverrückt befolgt zu haben! Gagerns Behauptung, das deutsche